

## Erklärung des EU-Kanada-Gipfeltreffens 2007

**Berlin, 4. Juni 2007**

Wir, die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und Kanadas, kamen heute in Berlin zusammen, um unsere strategische Partnerschaft zu vertiefen. Unsere bilateralen Beziehungen sind stark, wie dies an den vielen Bereichen unserer engen Zusammenarbeit sowohl innerhalb unserer Grenzen als auch darüber hinaus deutlich wird. Unsere Partnerschaft ist fest in unserer gemeinsamen Geschichte und unseren gemeinsamen Werten, unseren gemeinsamen Zielen und unserer beiderseitigen Entschlossenheit verankert.

Wir bekennen uns zur Bewegungsfreiheit und -sicherheit für die Menschen zwischen der EU und Kanada und zu dem Ziel der möglichst baldigen Befreiung von der Visumpflicht für alle EU-Mitgliedstaaten. Um größere Transparenz zu schaffen und konkrete Fortschritte auf dem Weg zu unserem gemeinsamen Ziel **visumfreien Reisens für alle EU-Bürger nach Kanada zu erzielen**, wird Kanada in Kürze Informationen über die Kriterien und das Verfahren zur Visumbefreiung zur Verfügung stellen, und wir werden die Zusammenarbeit zwischen der EU und Kanada auf diesem Gebiet ausbauen.

Heute haben wir vereinbart, unsere gemeinsamen Ziele in drei entscheidenden Bereichen voranzubringen: Frieden und Sicherheit, unsere Wirtschaftspartnerschaft sowie Energiesicherheit und Klimaschutz.

### **Frieden und Sicherheit**

Die EU und Kanada fördern eine internationale Ordnung auf der Grundlage eines wirksamen multilateralen Systems, des Völkerrechts, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte, gestützt durch umfassende und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Wir arbeiten zur Förderung der Reform der Vereinten Nationen zusammen. Wir arbeiten zusammen, um die Fähigkeiten der Vereinten Nationen in den Bereichen Krisenbewältigung und Friedenskonsolidierung zu verbessern und unterstützen die Kommission für Friedenskonsolidierung. Wir arbeiten bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte sowohl bilateral als auch multilateral zusammen. Wir unterstützen den Internationalen Strafgerichtshof. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur Intensivierung der Zusammenarbeit in Fragen der

Arktis, auch durch die erneuerte Politik der Nördlichen Dimension und das Internationale Polarjahr.

Die EU und Kanada arbeiten gemeinsam an der Bewältigung globaler Herausforderungen wie Bekämpfung des Terrorismus und Nichtverbreitung sowie regionaler Herausforderungen wie Balkan und Nahost-Friedensprozess.

Wir haben beschlossen, unsere laufende Zusammenarbeit bei der militärischen und zivilen **Krisenbewältigung** auf der Grundlage des Abkommens zur Schaffung eines Rahmens für die Beteiligung Kanadas an EU-Krisenmanagement-Operationen zu vertiefen. Wir werden eine Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Stabilisierungs- und Wiederaufbaubüro Kanadas (START) bei der Krisenreaktion initiieren. Wir werden die gute Zusammenarbeit, die wir im Bereich **Wahlbeobachtung** entwickelt haben, wie beispielsweise die Beteiligung kanadischer Beobachter an den jüngsten Wahlbeobachtungsmissionen der EU im Kongo und in Aceh, ausbauen.

Wir kommen überein, die Souveränität und Unabhängigkeit **Libanons** zu stärken, und wir fordern mit Nachdruck die Umsetzung der Resolution 1701 des VN-Sicherheitsrats. Wir unterstützen uneingeschränkt die Bemühungen, der libanesischen Regierung dabei zu helfen, die Sicherheit der Grenzen zu verbessern, um insbesondere den illegalen Waffenzustrom nach Libanon zu verhindern.

Nicht zuletzt auch aufgrund unserer gemeinsamen Bemühungen hat sich die Sicherheitslage in **Haiti** inzwischen verbessert, und die haitianischen Behörden haben jetzt die Möglichkeit, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft die Regierungsführung, die Rechtsstaatlichkeit und die Lebensbedingungen für das haitianische Volk zu verbessern.

Die EU und Kanada fordern unverzügliche Schritte zur Beendigung der Kämpfe und des menschlichen Leids in **Sudan/Darfur** und zur Herbeiführung einer politischen Lösung des Konflikts. Die EU und Kanada erwarten von Sudan uneingeschränkte Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und der AU bei der Schaffung einer Hybrid-Friedenstruppe der VN und AU. Wir werden die AMIS weiter unterstützen. Die EU schließt sich Kanada an und stellt zusätzliche erhebliche Beträge zur Finanzierung der Mission für den Übergangszeitraum bis zur Einsetzung der VN-Hybridtruppe zur Verfügung. Die EU und Kanada werden mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenarbeiten, um diejenigen, die für Gräueltaten verantwortlich sind, vor Gericht zu bringen.

Ein friedliches, demokratisches und prosperierenderes **Afghanistan**, das die Menschenrechte im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit achtet und in Frieden mit seinen Nachbarn lebt, ist für die EU und Kanada ein vorrangiges Anliegen und eine gemeinsame Vision. Heute erneuern wir unsere Bereitschaft, der afghanischen Regierung bei der Verwirklichung der Ziele und Vorgaben des Afghanistan Compact zu helfen. Unsere gemeinsame Strategie umfasst Anstrengungen in den Bereichen Regierungsführung, Entwicklung und Sicherheit. Unser gemeinsames Ziel ist die Stärkung der Fähigkeit der demokratisch gewählten Regierung Afghanistans, die Rechtsstaatlichkeit auszuweiten, was für die Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist. Daher haben wir heute Folgendes beschlossen:

- Kanada wird sich an einer neuen **EU-Polizeimission (EUPOL) in Afghanistan** beteiligen, die auf eine professionelle, leistungsfähige und ethnisch ausgewogene afghanische Polizei hinarbeitet. Sie wird dabei helfen, die Rechtsstaatlichkeit auszuweiten, indem Polizei- und Justizexperten entsandt werden, die afghanische Polizisten im ganzen Land ausbilden und fachlich begleiten. Kanada wird der EUPOL Personal zur Verfügung stellen, und das kanadische Polizeikontingent des kanadischen Wiederaufbauteams in der Provinz Kandahar wird Teil der EUPOL-Mission sein.
- Die EU begrüßt die neue kanadische Initiative, eine **Fortbildungseinrichtung (ISTF)** für Polizei und Justiz in Kandahar als wichtigen Beitrag zur Stärkung der Rechtsdurchsetzung im südlichen Afghanistan zu schaffen. Die EU wird ihr Fachwissen zur Konzipierung und Entwicklung dieser Einrichtung beitragen und den Erfolg der ISTF durch die Zusammenarbeit mit Kanada bei der Ausbildung und fachlichen Begleitung afghanischer Polizisten erhöhen. Ein EU-Projekt zur Justizreform wird die Ziele der ISTF durch Anstrengungen zur Professionalisierung der afghanischen Justiz ergänzen.
- Die EU und Kanada werden die Zusammenarbeit vor Ort verstärken, um zu gewährleisten, dass unsere Initiativen, darunter auch die Bemühungen um Förderung von Sicherheit, verantwortungsbewusstem staatlichen Handeln und Entwicklung einander ergänzen und sich gegenseitig verstärken. Diese Initiativen unterstehen weiterhin dem Gemeinsamen Koordinierungs- und Überwachungsrat angesichts seines zentralen Mandats, die Umsetzung der Vorgaben des Afghanistan Compact auf hoher Ebene zu koordinieren und politisch zu lenken.

## **Wirtschaftspartnerschaft**

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Kanada sind gesund, wobei die Handels- und Investitionsströme dynamisch sind und immer mehr zunehmen. Wir bekräftigen unsere feste Entschlossenheit, die **WTO-Entwicklungsagenda von Doha (DDA)** unverzüglich abzuschließen. Wir bekräftigen ferner unser Ziel, ein ehrgeiziges und ausgewogenes Ergebnis zu erreichen, das zu neuen Handelsströmen in den Bereichen Landwirtschaft, industrielle Güter und Dienstleistungen zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern führt und die Reform der Landwirtschaft weltweit fördert.

In Ergänzung des multilateralen Prozesses und auf der Grundlage unserer Verhandlungen über ein **Abkommen zur Verbesserung des Handels und der Investitionen (TIEA)** zwischen Kanada und der EU arbeiten die EU und Kanada daran, die wirtschaftliche Integration zwischen der EU und Kanada weiter voranzubringen und Handels- und Investitionsströme zu erleichtern. Angesichts dessen haben wir heute mehrere konkrete Schritte zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften und des Wohlstands unserer Bürger vereinbart.

Die EU und Kanada kommen überein,

- bei einer Studie zur Prüfung und Bewertung der Kosten und des Nutzens einer **engeren Wirtschaftspartnerschaft** zusammenzuarbeiten. In dieser Studie werden die bestehenden – auch nichttarifären – Hemmnisse in Bezug auf den Fluss von Gütern, Dienstleistungen und Kapital untersucht und die potenziellen Vorteile der Beseitigung derartiger Hemmnisse bewertet. In der Studie wird auch ermittelt, wie eine solche Partnerschaft laufende Bemühungen um die Stärkung unserer bilateralen Zusammenarbeit in Bereichen wie Wissenschaft und Technologie, Energie und Umwelt ergänzen könnte. Die Staats- und Regierungschefs werden die Ergebnisse dieser Studie auf dem Kanada-EU-Gipfeltreffen 2008 im Hinblick darauf überprüfen, eine ausgewogene und engere künftige wirtschaftliche Integration zwischen der EU und Kanada anzustreben;
- die Arbeit an der Regulierungszusammenarbeit zu intensivieren, die einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Handels- und Investitionsbeziehungen leistet. Zu diesem Zweck bekräftigten die beiden Seiten ihre Bereitschaft, den bestehenden **Rahmen für die Regulierungszusammenarbeit und Transparenz** durch Billigung

des Zeitplans für die **Regulierungszusammenarbeit sektorbezogener Initiativen**, der in der Anlage enthalten ist, in vollem Umfang zu verwirklichen und ehrgeizige ergebnisorientierte Initiativen der Zusammenarbeit herauszuarbeiten und durchzuführen. Die Staats- und Regierungschefs rufen die Regulierungsbehörden der EU und Kanadas ferner auf, die Vereinbarkeit und Konvergenz der Regelungen durch Prüfung der Maßnahmen der anderen Seite zu verbessern, bevor einseitige Konzept verabschiedet werden. Die EU und Kanada verpflichten sich zum Abschluss eines Abkommens über die Regulierungszusammenarbeit, das so bald wie möglich im Rahmen des TIEA erörtert werden soll;

- Verhandlungen auf dem Weg zu einem **umfassenden Luftverkehrsabkommen zwischen Kanada und der EU** aufzunehmen, um die Beziehungen zwischen unseren jeweiligen Luftverkehrsmärkten durch Ausweitung unserer internationalen Flugverbindungen zu verbessern. Zur Unterstützung des Wachstumspotenzials unserer Märkte und Gewährleistung des sicheren Luftverkehrs für unsere Bürger werden wir unsere Zusammenarbeit ausweiten, indem wir die erforderlichen Konsultationen und die Billigung des Mandats rasch vorantreiben, damit bis Herbst 2007 Verhandlungen im Hinblick auf ihren baldigen Abschluss aufgenommen werden können. Dadurch werden wir unser gemeinsames Bekenntnis zur Entwicklung einer gesunden und lebensfähigen Luftverkehrsindustrie bekräftigen und weiterentwickeln.
- Wir begrüßten die Einigung über ein bilaterales **Luftsicherheitsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Kanada** und bekräftigten, dass es so bald wie möglich unterzeichnet werden sollte.

## **Klimawandel und Energie**

Sowohl eine nachhaltige Umwelt als auch eine nachhaltige Wirtschaft sind Schlüsselemente des Wohlergehens unserer Völker und unseres Planeten. Wir sind davon überzeugt, dass die Beherrschung des Klimawandels und die Gewährleistung sauberer, sicherer und erschwinglicher Energie zentrale, miteinander verknüpfte globale Herausforderungen sind. Die Behandlung dieser Fragen erfordert ebenso energische wie dauerhafte globale Maßnahmen und ein integriertes politisches Vorgehen unter Nutzung einer breiten Palette regional, national oder international festgelegter politischer Instrumente und Maßnahmen. Wir sind entschlossen, den Zugang zu erschwinglichen, sauberen und sicheren Energieträgern als Stütze

nachhaltigen weltweiten Wirtschaftswachstums und zum Schutz unserer Umwelt zu gewährleisten. Die Bewältigung des Problems der Energiesicherheit wird auch eine bislang nie da gewesene internationale Zusammenarbeit in mehreren Bereichen erfordern, darunter bessere Energieeffizienz, Markttransparenz, Diversifizierung der Energieversorgung – einschließlich des Anteils erneuerbarer Energien – sowie Schutz und Aufrechterhaltung des Energieversorgungssystems der Welt.

Die wissenschaftliche Bewertung des Klimawandels und seiner Auswirkungen durch die Arbeit der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe über Klimaänderung (IPCC) macht deutlich, wie dringend geboten es ist, sich mit dem Klimawandel zu befassen, und rechtfertigt dringende und nachhaltige gemeinsame Maßnahmen.

Wir lassen uns von den IPCC-Erkenntnissen leiten und sind bereit, entschlossene und dringliche weltweite Maßnahmen zu ergreifen, zur Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen auf einem Niveau beizutragen, das gefährliche vom Menschen verursachte Störungen des Klimasystems verhindern würde. Um die hierzu erforderlichen beträchtlichen Emissionsminderungen zu erreichen, unterstreichen die EU und Canada die Notwendigkeit, die globalen Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um mindestens die Hälfte zu reduzieren. Canada hat sich zu einer Reduktion seiner Treibhausgasemissionen um 60 bis 70 % bis 2050 gegenüber 2006 verpflichtet; die EU hat beschlossen dass die Industrieländer gemeinsam ihre Emissionen um 60 bis 80 % bis 2050 gegenüber 1990 reduzieren sollten. Zur Erreichung dieser Ziele verpflichten wir uns dazu, aktiv und konstruktiv miteinander und mit anderen Staaten darauf hin zu arbeiten, die Verhandlungen zur Erreichung einer globalen und umfassenden Vereinbarung für die Zeit nach 2012 auf der VN-Klimakonferenz in Indonesien im Dezember zu starten. Wir werden auch miteinander und mit anderen Staaten darauf hin arbeiten, dass unsere globalen Anstrengungen zur Bewältigung des Klimawandels auf dem bevorstehenden G8-Gipfel in Heiligendamm und durch unsere zahlreichen multilateralen Partnerschaften zu Ergebnissen führen.

Wir sind uns dessen bewusst, dass wirksame Anstrengungen zur Verringerung der Entwaldung in den Entwicklungsländern zu einer erheblichen Verringerung der Emissionen in die Atmosphäre führen, die biologische Vielfalt erhalten und schützen, eine nachhaltige Landwirtschaft fördern und zur Bekämpfung der Armut beitragen könnten. Wir werden miteinander und mit anderen Staaten zusammenarbeiten, um eine wirksame internationale Zusammenarbeit zur Senkung der Emissionen als Ergebnis einer geringeren Entwaldung in den Entwicklungsländern zu fördern.

In den kritischen Fragen der Energiesicherheit und nachhaltigen Energieproduktion sind wir dem Ziel verpflichtet, den Zugang zu sauberen, sicheren und erschwinglichen Energieträgern als Stütze eines nachhaltigen weltweiten Wirtschaftswachstums und zum Schutz der Umwelt sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern zu fördern.

Wir weisen insbesondere darauf hin, wie wichtig die Verbesserung der Energieeffizienz, die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energiequellen, einschließlich Biokraftstoffen, und die Weiterentwicklung von Wasserstoff-/Brennstoffzellen und Technologien zum Abscheiden und zur Lagerung von Kohlendioxid bei der Verbesserung unserer Energiesicherheit und der Verringerung der vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen ist.

Zur Bewältigung des Problems der Energiesicherheit ist eine verstärkte internationale Zusammenarbeit in mehreren Bereichen notwendig, darunter Steigerung der Energieeffizienz, Verbesserung der Markttransparenz, Diversifizierung der Energieversorgung sowie Schutz und Aufrechterhaltung der globalen Energieversorgung.

Wir bekräftigen unsere Bereitschaft, die miteinander verbundenen Aufgaben Klimaschutz, Energiesicherheit und nachhaltige Entwicklung innerhalb unserer Länder und durch internationale Zusammenarbeit in Angriff zu nehmen. Zu diesem Zweck haben wir heute vereinbart,

- einen **hochrangigen Energiedialog zwischen Kanada und der EU** einzurichten. Zwischen uns gibt es bereits aktive und fruchtbare Kontakte, insbesondere in der Internationalen Energie-Agentur und in den G8, und wir sind uns darin einig, dass regelmäßige bilaterale Kontakte zu Energiethemen notwendig sind. Wir haben daher beschlossen, einen formalen hochrangigen jährlichen Dialog zu Energiethemen einzurichten, der die strategischen Elemente des Klimawandels, die sich aus dem bereits bestehenden hochrangigen Umweltdialog ergeben, berücksichtigt. Über die Ergebnisse wird auf dem nächsten EU-Kanada-Gipfeltreffen berichtet;
- den **hochrangigen Umweltdialog zwischen Kanada und der EU** im Hinblick auf die Förderung einer wirksamen und alles einschließenden künftigen Zusammenarbeit zum Thema Klimawandel zu stärken, der zum ersten Mal im Herbst 2007 stattfindet. Unter anderem werden wir Themen wie Optionen für ein internationales Klimaschutzrahmenübereinkommen für die Zeit nach 2012 eingehender erörtern, einschließlich möglicher Leitgrundsätze wie breite Beteiligung, Berücksichtigung der

nationalen Gegebenheiten, Anpassungsfragen, Förderung der Märkte und Entwicklung und Vermarktung von Technologie, und die Zusammenarbeit bei unseren jeweiligen innerstaatlichen Klimaschutzprogrammen und -maßnahmen sowie den Marktmechanismen zur Bewältigung des Klimawandels (einschließlich innerstaatlicher und internationaler Emissionshandelsregelungen) fortsetzen;

- die Zusammenarbeit fortzuführen, **um saubere, sichere und erschwingliche Energietechnologien** (einschließlich Abscheidung und Lagerung von Kohlendioxid, emissionsarme Kohle, Meeresenergie und Biokraftstoffe der zweiten Generation) und bewährte Verfahren auf dem Gebiet Energieeffizienz in Gebäuden, Fahrzeugen und Geräten zu fördern.